

Kodebuch

Macht- und Gestaltungszielverfolgung von Regierungsparteien. Strategische Muster der SPD 1998–2005

Jochen Sunken

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	2
2	Untersuchungsmaterial und Analysezeitraum	2
3	Allgemeine Kodieranweisungen	3
4	Kodes	8
4.1	Vorhaben: VORHABEN	8
4.2	Akteursgruppen/Änderungsrichtung: WER/WERWOHIN	13
4.3	Konkretheit des Vorhabens: KONKRET	16
4.4	Die Aktivitätsebene: EBENE	17
4.5	Richtungsebene: RICHTUNG	18
4.5.1	Stabilität und Wandel: die inhaltliche Ebene	19
4.5.2	Befürwortung und Ablehnung von Projekten	23
4.5.3	Ablehnung und Befürwortung von Ideen	26
4.5.4	Weitere Kodes: SONS	27
5	Ergebnisausgabe und Kodierökonomie	28

1 Einleitung

Die Entwicklung von sozialdemokratischen Regierungsvorhaben vom 1. Juni 1998 bis 17. September 2005 in den Ausgaben der Zeitung „Süddeutsche Zeitung“ (SZ).

Auf der politisch-inhaltlichen Ebene ist das Ziel, anhand der untersuchten Ausgaben festzustellen, ob ein politisches Vorhaben unverändert blieb bzw. weiterentwickelt wurde oder aber Zugeständnisse gemacht wurden; sollte es abgeändert worden sein, wird zudem die Richtung der Änderung betrachtet. Auf Positionsebene ist das Ziel, anhand der untersuchten Ausgaben festzustellen, welche Positionierungen sich für oder gegen die aktuelle inhaltliche Ausgestaltung des Vorhabens von Seiten weiterer wichtiger politischer Akteursgruppen, die an der Regierung beteiligt sind oder sie stützen (Koalitionspartner, Regierungsfractionen, Führung der Regierungsparteien, wichtige Akteure auf Landesebene), oder anderweitig betroffener Gruppen und Verbände finden lassen.

2 Untersuchungsmaterial und Analysezeitraum

Zur Vorabreduktion aller Artikel der Süddeutschen Zeitung des Untersuchungszeitraums werden möglicherweise relevante Artikel digital durch eine Suche in der Mehrjahresausgabe der Süddeutschen Zeitung¹ mittels des Suchquerrys

SPD/ sozialdem*/ kanzler*/ regierung*/ koalition*/ *minister/ minister*/ CDU*/ christdemo*/ oppos*/ bündnis90*/ grün*/ FDP*/ linkspar*/ linke*/ WASG*/ partei*/ generalsek*/ ministerpräsident*/ sprecher*/ *sprecher/ abgeordnete*/ parlamentar*/ geschäftsführer*/ fraktion*/ staatssekret*/ MdB*/ Bundestag*/ Bundesrat*/ Baden-Württemberg*/ Bayern*/ Berlin*/ Brandenburg*/ Bremen*/ Hamburg*/ Hessen*/ Mecklenburg-Vorpommern*/ Niedersachsen*/ Nordrhein-Westfalen*/ NRW*/ Rheinland-Pfalz*/ Saarland*/ Sachsen*/ Schleswig-Holstein*/ Thüringen*

vorgefiltert. Ein ‚/‘ ist ein inklusives ODER (Adjunktion; einer *oder mehrere* der Terme werden gefunden), durch die Trunkierung mittels ‚*‘ werden beliebig viele Zeichen eines Wortes ersetzt. Es wird sich zudem auf die Ressorts ‚Nachrichten‘, ‚Wirtschaft‘, ‚Politik‘, ‚Themen des Tages‘, ‚Themen aus Deutschland‘, ‚Themen‘ beschränkt (*na/ wi/ po/ tt/ td/ th*) und die ‚Streiflicht-‘Rubrik ausgeschlossen (*!strf*).

Die so reduzierte Menge an Artikeln wird nun händisch weiter gefiltert. Identifizieren Sie alle Artikel,

- in denen die *(Weiter-)Entwicklung (Stabilität/Wandel, Def. s. u.) eines im Analysefokus stehenden Vorhabens (Def. s. u.) und/oder die befürwortende oder ablehnende Positionierung (Pro/Contra, Def. s. u.) einer im Analysefokus stehenden Akteursgruppe (Def. s. u.) hierzu thematisiert, beschrieben und/oder dargestellt wird.*

¹ Süddeutsche Zeitung (2006): Süddeutsche Zeitung, Mehrjahresausgabe 1994–2005. München.

Alle anderen Artikel werden von der Analyse ausgeschlossen. Schließen Sie auch Artikel aus,

- in denen auf einen oder mehrere ausführlichere Artikel auf einer oder mehrerer nachfolgender Seiten verwiesen wird und in welchen/m sich dieselben Informationen wiederholen (dies ist insbesondere bei Kurz- und Ankündigungsartikeln auf der Titelseite der Fall; Ausnahme: *Alleiniger* Verweis auf die Reportagen- und die Meinungsseite 4 oder eine andere durch den Suchquery ausgeschlossene Rubrik); nehmen Sie aber den oder die ausführlichen Artikel auf. Sollte der Verweisartikel durch den Suchquery ausgeschlossen worden sein oder die im Kurzartikel angesprochene Spur nicht enthalten, nehmen Sie den Kurzartikel auf.
- die doppelt vorkommen (insbesondere, wenn diese für eine Teilaufgabe meist leicht abgeändert wurden). Überprüfen Sie diese Doppelung auf relevante Unterschiede; nehmen Sie den Artikel mit den neusten Informationen pro Ausgabe (häufig hinsichtlich abendlicher Verhandlungsergebnisse) auf.
- die von Gastautoren geschrieben sind.
- die ausschließlich aus dokumentierten Redebeiträgen (bspw. Redemanuskripte von Regierungserklärungen) oder politischen Dokumenten (z. B. Koalitionsverträgen, Gesetzesbegründungen) bestehen.

Beachten Sie auch:

- Interviews werden mit in die Analyse einbezogen, allerdings nur der vorangestellte Textteil.

Fassen Sie die so identifizierten Artikel für die Kodierung tageweise zusammen. Die Ausgabentage mit den jeweiligen Artikeln stellen sowohl die Auswahlinheit wie auch die Analyseeinheit dar.

3 Allgemeine Kodieranweisungen

- Lesen Sie die Artikel und durchsuchen Sie die einzelnen SZ-Ausgabe nach Informationen über sog. ‚Spuren‘. Eine Spur im hier verstandenen Sinne ist für jeden Tag, an welchem die SZ erschienen ist, *die inhaltliche Entwicklung eines Projekts und/oder die Positionierungen von Akteuren zu einem Vorhaben (Projekt oder Idee)*.
- Es werden *sechs Arten von Spuren* unterschieden, wobei jede Spurenart hier zum Zwecke einer höheren Flexibilität durch die Kombination von *drei* Informationen konstituiert wird. Diese (Teil-)Informationen haben ihre Entsprechung im Kodierschema in drei Kodekategorien à zwei Ausprägungen:

1. Die Konkretheit des Vorhabens (KONKRET_X): Handelt es sich bei dem Vorhaben um ein Projekt (_PROJEKT) oder eine Idee (_IDEE)?

2. Die Aktivitätsebene (EBENE_X): Handelt es sich um eine inhaltliche (_INHALT) oder eine positionale Spur (_POSITION)?
3. Die inhaltlichen Stabilität/Wandel bzw. unterstützende oder ablehnende Positionierung im Bezug auf das Vorhaben (RICHTUNG_X): Wird das Vorhaben stabil gehalten/befürwortet (_STABIL-PRO) oder abgewandelt/abgelehnt (_WANDEL-CONTRA)?

Durch die Kombination dieser drei Kodekategorien lassen sich die folgenden sechs Arten von Spuren festlegen:

- *Stabilitätspur*: Ein Projekt wird inhaltlich stabil gehalten:
KONKRET_PROJEKT + EBENE_INHALT + RICHTUNG_STABIL-PRO
- *Wandelspur*: Ein Projekt wird inhaltlich abgewandelt:
KONKRET_PROJEKT + EBENE_INHALT + RICHTUNG_WANDEL-CONTRA
- *Projektbefürwortungspur*: Ein Projekt wird in seiner aktuellen Ausgestaltung befürwortet:
KONKRET_PROJEKT + EBENE_POSITION + RICHTUNG_STABIL-PRO
- *Projektablehnungspur*: Ein Projekt wird in seiner aktuellen Ausgestaltung abgelehnt:
KONKRET_PROJEKT + EBENE_POSITION + RICHTUNG_WANDEL-CONTRA
- *Ideebefürwortungspur*: Eine Idee wird befürwortet:
KONKRET_IDEE + EBENE_POSITION + RICHTUNG_STABIL-PRO
- *Ideeeablehnungspur*: Eine Idee wird abgelehnt:
KONKRET_IDEE + EBENE_POSITION + RICHTUNG_WANDEL-CONTRA²

Jede ‚Spur‘ wird noch ergänzt durch die folgenden beide Kode-Kategorien:

1. Um welches Vorhaben handelt es sich (VORHABEN_X) und
2. zu welcher Akteursgruppe gehört der handelnde, ‚spursetzende‘ Akteur (WER_X) bzw. was ist die Abwandlungsrichtung des Projekts (WER_X; WERWOHIN_X)?

Kodieren Sie die SZ-Ausgaben durch die zutreffenden Ausprägungen der fünf Kodekategorien.³ Nur eine der Ausprägungen jeder Kodekategorie pro Spur ist zulässig. Setzen sie den Kode an der Textstelle, die die Information enthält. Beschränken Sie möglichst

² Es werden sechs, und nicht acht ($2 \times 2 \times 2 = 8$) Arten von Spuren unterschieden, da die Kombinationen von EBENE_INHALT und KONKRET_IDEE ausgeschlossen werden.

³ Bei einer großen Anzahl von Ausgaben ist es, mit Blick auf die Kodierökonomie, möglich, auf die Ausprägung KONKRET_PROJEKT zu verzichten. Eine Projektspur – in Abgrenzung zu einer Ideenspur – wird dann durch die Abwesenheit des KONKRET_IDEE-Kodes dargestellt. Dies bietet sich deswegen an, weil der KONKRET_IDEE-Kode relativ zu seinem Projekt-Pendant relativ selten vorkommt.

die Ausdehnung der Textstelle auf den Kern der Information, und teilen Sie Textstellen, welche Informationen über mehrere Spuren enthalten, in mehrere Teiltextstellen auf.

Beachten Sie:

- Die Textstelle über eine Spur – „die inhaltliche Entwicklung eines Projekts und/oder die Positionierungen zu einem Vorhaben (Projekt oder Idee)“ – kann, muss aber nicht die Information *in direkter oder augenscheinlicher Weise* enthalten oder transportieren. Unabdingbar für eine richtige Einschätzung ist erstens die möglichst genaue Kenntnis der aktuellen Vorhabenausgestaltung als Einschätzungsreferenzpunkt, ob Stabilität/Wandel bzw. Befürwortung/Kritik eines Vorhabens vorliegt; dies wird unten noch näher erläutert.

Zweitens erschließt sich der Inhalt von rhetorisch-verkürzenden Sammelbegriffen und Ausdrücken, Referenzen zu vorherigen Ereignissen etc. nicht zwingend allein aus der Ausgabe, Artikel und/oder der Textstelle, sondern muss u. U. vor dem Hintergrund anderer Artikel mit den jeweiligen Vorhabenspuren ermittelt werden. Bei Sammelbegriffen und -ausdrücken für mehrere Vorhaben ist der Orientierungspunkt neben dem sachlogischen Bezug zum Begriff/Ausdruck die aktuelle politische Agenda und Diskussion. Sammelbegriffe, die sich auf einen Großteil der politischen Projekte oder ihre Gesamtheit beziehen, also eine generelle Kritik am Handeln der Regierung beinhalten, werden nicht betrachtet.

Aufgrund des Einbezugs möglichst vieler Informationen zu einem Vorhaben als Kontext – zur Sicherstellung einer möglichst zutreffenden Kodierung – ist es geradezu geboten, zur Sicherstellung einer konsistenten Kodierung *nach der tageweisen Kodierung der Ausgaben die Spuren nach Vorhaben getrennt zu kontrollieren und gegebenenfalls zu rekodieren.*

- ☺ „In der Kommission zeichnet sich eine Mehrheit dafür ab, das Renteneintrittsalter von 2010 an um zwei Jahre zu erhöhen und den Anstieg der Rentenzahlungen zu begrenzen – möglicherweise durch einen demografischen Faktor, wie ihn die Union eingeführt und Rot-Grün abgeschafft hatte. Dieser demografische Faktor soll aber einen anderen Namen erhalten.
Die Gewerkschaftsvertreter in der Kommission drohen schon vor der Sitzung der Arbeitsgruppe am Mittwoch mit einem Minderheitsvotum. DGB-Vizechefin Ursula Engelen-Kefer sagte, diese Entwicklung könne sie nicht akzeptieren.“⁴

In dieser Textstelle finden sich Information über zwei Spuren: Die Ablehnung des Vorhabens (zu diesem Zeitpunkt noch eine ‚Idee‘) der ‚Rente mit 67‘ sowie der Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors in die Rentenformel durch den DGB.

- ☺ „Unterdessen hält Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) daran fest, dass die Mehrwertsteuer erhöht werden müsse. Sie wolle sich keinen ‚Maulkorb umhängen lassen‘, sagte sie. Zuvor war ihr Vorstoß in der eigenen Partei,

⁴ Die Rentenformel: Einst von Rot-Grün geschmägt, kommt er wieder – der demographische Faktor. Altes Rezept unter neuem Namen, SZ vom 23. April 2003.

aber auch in der Wirtschaft heftig kritisiert worden. Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) hatte gewarnt: „Steuererhöhungen sind Gift für die Konjunktur.“⁵

In dieser Textstelle finden sich Informationen über drei Spuren: Die Befürwortung der ‚Idee‘ einer Mehrwertsteuererhöhung durch Ministerpräsidentin Simonis sowie deren Ablehnung durch Wirtschaftsminister Clement sowie Interessensvertreter der Wirtschaft. Zwar bezieht sich Clements Zitat *für sich allein betrachtet* auf Steuererhöhungen im Allgemeinen, im Kontext der Textstelle wird aber der Bezug zur Mehrwertsteuererhöhung klar. Die etwas pauschalisierende Gleichsetzung „in der Wirtschaft“ mit wirtschaftlichen Interessensverbänden ist ein übliches und häufig verwendetes Stilmittel in der journalistischen Berichterstattung.

- ☺ „Die von den Gewerkschaften geforderte Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns würde nach Ansicht von Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt zwei bis drei Millionen Jobs kosten. ‚Die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt wären katastrophal‘, sagte der Präsident der Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) am Mittwoch in Berlin.“⁶

Wenn auch in dieser Textstelle nicht *explizit* die Ablehnung der Idee ‚gesetzlicher Mindestlohn‘ thematisiert wird, so wird dies durch den Hinweis auf offensichtlich als negativ eingeschätzte Folge deutlich.

- ☺ „Arbeitgeberpräsident Hundt warnte hingegen in Bonn vor der Rücknahme der Reformen der alten Bundesregierung.“⁷

Der Inhalt der hier formulierten Ablehnungsspuren erschließt sich nur durch Kenntnis der politischen Agenda mittels zuvor kodierter Spuren: Nach der Bundestagswahl 1998 plante die SPD als eine der ersten Amtshandlungen die Rücknahme des demografischen Faktors in der Rentenversicherung, der Einschnitte bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall sowie der Einschränkungen beim Kündigungsschutz.⁸ Entsprechend wird für diese drei Vorhaben die jeweilige Ablehnungspur kodiert.

- ☺ „Schröder und SPD-Generalsekretär Olaf Scholz machten am Rande einer Sitzung des SPD-Präsidiums deutlich, dass alles, was der Kanzler in seiner Regierungserklärung vom 14. März konkret genannt hatte, nicht mehr verhandelbar sei. Dagegen verlangte DGB-Chef Michael Sommer ‚deutliche Korrekturen‘ auch auf den von Schröder genannten Feldern Krankengeld und Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe.“⁹

Diese Textstelle stellt einen Grenz- und Extremfall dar; hier finden sich eine Vielzahl von Informationen über Spuren, wobei sie sich auch aus vorherigen Kodierungen ergeben. Schröder hatte in seiner ‚Agenda 2010‘-Regierungserklärung eine Vielzahl politischer Projekte angesprochen, von denen aber in der nachfolgenden Diskussion

⁵ *Die Deutschen sparen weiter*, SZ vom 21. Februar 2004.

⁶ *Arbeitgeber gegen Mindestlohn*, SZ vom 7. Oktober 2004.

⁷ *DGB gegen neue Einschnitte für Arbeitnehmer*, SZ vom 8. Oktober 1998.

⁸ Auch sollten einige Maßnahmen der Regierung Kohl im Gesundheitssektor zurückgeändert werden; da dieses Projekte aber unter Federführung der grünen Ministerin Fischer entwickelt wurde, wird es hier nicht betrachtet (s. u.).

⁹ *SPD und Gewerkschaften weit auseinander*, SZ vom 1. April 2003.

einige verstärkt im Fokus – vor allem der Kritik – standen: das dritte und vierte Hartz-Gesetz, die Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds, eine Lockerung des Kündigungsschutzes sowie Kürzungen beim Krankengeld und Zahnersatz. Es finden sich hier also Informationen zu inhaltlichen Stabilitätsspuren zu diesen Projekten, sowie befürwortende (SPD-Generalsekretär) und ablehnende (DGB-Chef) Positionsspuren – letztere allerdings nur für die spezifizierten Projekte. Eine Reform der Gemeindefinanzen samt Gewerbesteuer, welche Schröder bspw. ebenfalls in seiner Regierungserklärung nannte, wird nicht kodiert, da durch die vorherige Kodierung der Ausgaben deutlich wurde, dass dieses nicht Teil der politischen Kontroverse um Schröders Regierungserklärung war und (zumindest hier) nicht angesprochen wird.

- ☺ „Eichel forderte weitere Einschnitte in der Rentenversicherung. Angesichts der überalterten Gesellschaft könne es nicht so weitergehen wie bisher. Nie wieder werde es eine Rentnergeneration geben, der es im Schnitt so gut gehe wie der heutigen, sagte er. Er verwies auf die demographische Entwicklung, wonach die Menschen immer älter werden. Daher müsse neu über die Finanzierung der Alterssicherung nachgedacht werden“¹⁰

Ein eindeutiger Bezug zu politischen Vorhaben ist nicht gegeben, da die Textstelle zuvorst eine Problembeschreibung thematisiert, wobei die Problemlösung („weitere Einschnitte“) im Vagen verbleibt.

- Betrachtet wird die offizielle und vollzogene Ebene des Wandels: Wird in der Textstelle eine Spur thematisiert, ohne dass die Information als gesichert gelten kann (Verlautbarungen, Gerüchte, etc.) oder noch nicht offiziell bestätigt ist (Informationen ‚unter zwei/drei‘), so wird die Textstelle nicht kodiert. Gleiches gilt für ungesicherte Informationen über Spuren, welche von anderen Zeitungen/Agenturen übernommen wurden. Liegt der SZ allerdings nach eigener Aussage ein zitiertes Papier vor, so mag dies eine Information über eine Spur sein.

- ☺ „Die SPD will die Unternehmensbesteuerung spätestens im Jahr 2002 auf eine völlig neue Basis stellen. Die unterschiedliche steuerliche Behandlung von Personengesellschaften, die heute Einkommensteuer bezahlen müssen, und von körperschaftsteuerpflichtigen Aktiengesellschaften und GmbH, soll dann aufgegeben werden, hieß es in führenden SPD-Kreisen.“¹¹

Bei der Information hier handelt es sich um keine offizielle Verlautbarung.

- ☺ „Für die Nutzung deutscher Autobahnen und Bundesstraßen sollen neben Lastwagenbesitzern auch alle anderen Autofahrer künftig Gebühren zahlen. Das schlägt nach Informationen des Nachrichtenmagazins Der Spiegel eine von der Bundesregierung eingesetzte Expertenkommission vor.“¹²

Hier wurden Informationen eines anderen Magazins übernommen und werden entsprechend nicht kodiert.

¹⁰ Eichel muss die Schulden verdoppeln, SZ vom 23. Mai 2003.

¹¹ SPD will neues System für Unternehmensbesteuerung, SZ vom 14. Oktober 1998.

¹² Kommission schlägt Maut für Autofahrer vor, SZ vom 21. August 2000.

- ☺ „Die neuen Regeln finden sich im Diskussions-Entwurf eines ‚Schuldrechtsmodernisierungs-Gesetzes‘ aus dem Bundesjustizministerium. Es handelt sich um ein Werk von 140 Seiten Gesetzestext und 414 Seiten Begründung, das der SZ vorliegt.“¹³

Hier liegt der Gesetzesentwurf der Süddeutschen Zeitung vor, die Textstelle wird also kodiert.

- ☺ „Nach SZ-Informationen reichen die geplanten Ökosteuer-Einnahmen nicht, um die Senkung der Sozialbeiträge zu finanzieren.“¹⁴

Die Unsicherheit der Informationslage bezieht sich hier auf die erwarteten Einnahmen, nicht auf die inhaltliche Ausgestaltung der Ökosteuerreform. Es kann hier also eine inhaltliche Stabilitätspur kodiert werden.

- Betrachtet wird zudem die vollzogene Ebene: Erwägungen, In-Betracht-ziehen, Darstellungen möglicher Kompromisslinien, Zwischenstände von noch nicht abgeschlossenen Verhandlungen etc. werden nicht als Wandelspur kodiert.

- ☺ „Auch die zweite Arbeitsgruppe des Vermittlungsausschusses zu den Arbeitsmarktreformen hat kleinere Fortschritte erzielt.“¹⁵

Hier wird nur die *inhaltliche Stabilität* der angesprochenen Arbeitsmarktreformen (Lockerung des Kündigungsschutzes, drittes und viertes Hartz-Gesetz, Kürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes) kodiert, da sich inhaltlich auf diese Projekte bezogen wird, der anzunehmende inhaltliche Wandel der Projekte wurde aber noch nicht faktisch und endgültig vollzogen.

Die einzelnen Kodekategorien sowie die jeweiligen Ausprägungen werden nun en détail beschrieben, definiert und mit Beispielen illustriert. Da sie mitunter nur im Verbund mit- und zueinander ein konsistentes Bild ergeben, bietet es sich an, die Kodierregeln der einzelnen Kodes zunächst einmal in Gänze durchzulesen, um dann durch ein erneutes Lesen ein vertieftes Verständnis zu erlangen. In einer Gesamtschau ergibt sich dann ein klares Bild des Kodiervorgehens.

4 Kodes

4.1 Vorhaben: VORHABEN

Ein Vorhaben kann einerseits ein konkretes, zur Umsetzung vorbereitetes *Projekt* oder eine noch nicht in der Umsetzung befindliche *Projektidee* sein.¹⁶ Die hier betrachteten Vorhaben (Projekte wie Ideen) ...

- ...umfassen alle (erfolgreichen wie gescheiterten) Projekte der materiellen Normsetzung auf Bundesebene mit Regelungswirkung in der BRD, die federführend von

¹³ Verbraucher bekommen mehr Rechte, SZ vom 20. September 2000.

¹⁴ Neue Verhandlungen zur Ökosteuer nötig, SZ vom 12. Januar 1999.

¹⁵ Fortschritte im Reformstreit, SZ vom 22. November 2003.

¹⁶ Für die Unterscheidung siehe unten das Unterkapitel 4.3

einer sozialdemokratischen Ministerin verfolgt werden oder – bei Ideen – von leitende Mitglieder der sie tragenden Parteien vorgeschlagen werden (Ausnahmen siehe unten). Ein Vorhaben zielt auf eine Veränderung des Status Quo.

Ausgeschlossen werden somit:

- Vorhaben aus dem Bereich der Außenpolitik, Außenwirtschaft, Diplomatie und Handeln auf UN- und EU-Ebene.
- ☹ Eigener Sitz im UN-Sicherheitsrat, Entscheidungen über Rüstungstransporte, militärischen Engagement im Kosovo oder Irak, die Verhandlungsposition zur Reform der Europäischen Agrarpolitik.
- ☹ Aber: Innenpolitisch wirksame EU-Richtlinienumsetzung (bspw. die Einführung eines Anti-Diskriminierungsgesetzes) oder die Frage nach der Abschaffung des Wehrdienstes.
- Projekte, die federführend von einem Ministerium verfolgt werden, welches von einem Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen besetzt ist.
- ☹ Strukturreform im Gesundheitswesen 1999 (Gesundheitsministerin Andrea Fischer), Einführung des Dosenpfands 2003 (Umweltminister Jürgen Trittin).
- Vorhaben, welche eine (durch die grundgesetzliche Kompetenzverteilung bedingte) Koordination von Akteuren der Länderebene (insbesondere Fachministerkonferenzen) erfordern bzw. als Bundesratsinitiative eingebracht werden.
- ☹ Einführung von Bildungsstandards, Zusammenlegung von Fachgerichten samt Einführung einer einheitlichen Verfahrensordnung.
- Entscheidungen zum Nicht-Handeln.
- ☹ Nicht-Verlängerung der auslaufenden Kronzeugenregelung.

Darüber hinaus werden Vorhaben ausgeschlossen, ...

- ... die auf Grundgesetzänderung oder eine Änderung der Parteienfinanzierung, Regelungen für Abgeordnete oder die Ausgestaltung des politisch-parlamentarischen Prozesses abzielen.
- ☹ Aufnahme des Tierschutzes in das Grundgesetz, Einführung von Volksentscheiden, Föderalismusreform, Wahlrechtsreformen, Reform des Parteiengesetzes, Diätenerhöhungen, Regelungen zu Nebeneinkünften von Abgeordneten.
- ... welche die Privatisierung früherer Staatsbetriebe oder deren Firmenpolitik betreffen.
- ☹ die Ausgestaltung und Verfolgung der Bahnprivatisierung, Abschaffung der Bahn-Card50.
- ... welche aufgrund einer starken ethisch-moralischen und historischen Durchdringung des Gegenstandes außerhalb des üblichen politischen Parteienwettbewerbs bearbeitet werden.

- ☺ Embryonenschutzgesetz/Präimplantationsdiagnostik, Stasi-Unterlagengesetz, Abtreibungspille Mifegyne.
- die, im Falle von Ideen, nicht von einem Kabinettsmitglied oder einem führenden SPD- oder Grünen-Akteur *zuvor* mindestens einmal befürwortet wurden.
- ☺ „Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt hat ein gesetzliches Verbot von Warnstreiks gefordert.“¹⁷

Diese Idee wurde nicht vorher von einem Mitglied einer Regierungspartei gefordert und entsprechend nicht kodiert (noch verding sie nachher), sie kann also ignoriert werden.

Die betrachteten Vorhaben ...

- ... haben – bei Projekten – einen angebbaren, eindeutigen Regelungs- und Veränderungsinhalt und eine angebbare erhoffte Regelungswirkung auf dem Staatsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Der Inhalt definiert seinen Umfang und grenzt es, zusammen mit einer öffentlichen Wahrnehmung als zusammengehörig, von anderen Vorhaben ab. Jeder (Regelungs-)Teil ist nur einem Vorhaben zugehörig. Die formale Aufteilung oder Zusammenfassung in verschiedene Gesetze(spakete) ist für sich genommen kein Abgrenzungskriterium, mag aber ein Indikator dafür sein, welche Regelungen zu einem Projekt gehören. Ein Vorhaben verbleibt unterhalb der Ebene einer generellen politischen (Ziel-)Ausrichtung, aber oberhalb von Detailregelungen (welche im Einzelfall durchaus wirkungsmächtig sein können). Orientierungspunkt hierfür ist eine mittlere Reichweite eines Vorhabens, welches die Grenzen eines (Querschnitt-)Politikfeldes in der Regel nicht übersteigt. Orientieren Sie sich an der Zusammenfassung in der öffentlichen Berichterstattung.

Ideen haben aufgrund ihres Nicht-Projekt-Charakters keinen in vergleichbarer Weise angebbaren Regelungsinhalt. Nichtsdestoweniger werden sie durch eine große Überschneidungsmenge der geforderten inhaltlichen Regelungen, eine gleiche Regelungsrichtung sowie eine Eigenständigkeit in der politischen Diskussion identifiziert.

- ☺ Die ‚Agenda 2010‘ ist für sich kein eigenes Vorhaben im hier verstandenen Sinne, da mit diesem Begriff eine Vielzahl von Projekten auf verschiedenen Politikfeldfeldern zusammengefasst werden. Die Höhe des neu geschaffenen Arbeitslosengeldes II ist ebenfalls kein eigenständiges Projekt, da es sich um ein Regelungsdetail handelt, welches zum Projekt der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe gehört.
- ☺ Zur ‚Agenda 2010‘ gehören aber abgrenzbare Projekte wie z. B. die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Hierbei handelt es sich um ein Projekt mit klarem Regelungsinhalt und klarer Regelungswirkung, welches die Grenzen eines Politikfeldes nicht übersteigt. Zu diesem Projekt gehört auch bspw. das Regelungsdetail der Höhe des neuen Arbeitslosengelds II.

¹⁷ Hundt verlangt Verbot von Warnstreiks, SZ vom 22. September 2003.

- ☺ Das *eine* politische Projekt zur Einführung der eingetragenen Lebenspartnerschaft bestand aus zwei Gesetzen, wovon eines die Einführung selbst, ein weiteres steuerrechtliche Ergänzungen beinhaltete. Nach der Verabschiedung des nicht zustimmungspflichtigen ersten Gesetzes, aber der Ablehnung des zustimmungspflichtigen Ergänzungsgesetzes wurde dieses erneut auf die Agenda gesetzt. Ab diesem Zeitpunkt war das Ergänzungsgesetz ein eigenständiges Projekt.
- ☺ Haushaltspolitik wird hier – als eigenständiges Projekt – nicht betrachtet, auch nicht bei ressorteigenen Haushaltsentscheidungen. Unbenommen hiervon sind Vorhaben, die eine Ergänzung bzw. Abweichung von der ursprünglichen Haushaltsplanung vorsehen und selbst eine eigenständige materielle Gesetzes- und Projektform annehmen – bspw. Steuergesetze oder Subventionsänderungen –, sofern sie nicht in Form eines Sparpakets in der Berichterstattung untrennbar mit der Haushaltsaufstellung verschmolzen sind.
- ☺ „Zuvor war bekannt geworden, dass Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) angesichts der Haushaltslöcher in den kommenden Jahren die Förderung von Investitionen im Osten zurückfahren will.“¹⁸

Die ‚Kürzung der Ostinvestitionen‘ stellt als ressorteigene Haushaltsentscheidung kein Projekt im hier verstandenen Sinne dar.

- ☺ „Die Bundesregierung hat mit Verabschiedung des Haushaltsentwurfs für 2003 zugleich das Programm zur Errichtung von 10000 Ganztagschulen auf den Weg gebracht.“¹⁹

Auch hier handelt es sich um eine Haushaltsentscheidung.

- ☺ „Bundeskanzler Gerhard Schröder und Finanzminister Hans Eichel (SPD) wollen die Steuerreform vorziehen, wenn die Union gleichzeitig einem umfangreichen Subventionsabbau zustimmt.“²⁰

Das Vorziehen der Steuerreformstufe ist – ebenso wie zuvor die Steuerreform selbst – ein eigenständiges Projekt, welches klarerweise Haushaltsrelevanz hat und auch nicht völlig losgelöst von Haushaltsüberlegungen stattfindet; nichtsdestoweniger besitzt es einen eigenständigen Projektcharakter.

- ... haben hinsichtlich des Prozesses der Entwicklung einen angebbaren Beginn und bei Projekten auch ein angebbares Ende. Ein Vorhaben beginnt mit der ersten öffentlichen Erwähnung, welche über eine pure Aktivitätsankündigung hinausgeht, und endet – im Projektfalle – mit seiner endgültigen Verabschiedung. Wird ein Projekt nach seiner Verabschiedung weiter besprochen (Befürwortung und/oder Ablehnung), so handelt es sich möglicherweise um eine neue Idee zur Abänderung, aber nicht mehr um das ursprüngliche Projekt.

¹⁸ *Heftiger Protest gegen Kürzungen im Osten*, SZ vom 17. Mai 2004.

¹⁹ *Unionsländer wollen Geld für Ganztagschulen*, SZ vom 20. Juni 2002.

²⁰ *Eichel will Steuerentlastung vorziehen*, SZ vom 14. Juni 2003.

- ☺ „Der Bundesrat hat am Freitag das Steuerentlastungsgesetz, die Ökosteuer und die Neuregelung bei den 630-Mark-Jobs mit den Stimmen der SPD-geführten Länder verabschiedet.“²¹

Das Projekt der Einführung der (ersten Stufe der) Ökosteuer wird am 19. März 1999 verabschiedet. Es gilt damit und danach als beendet.

„Mehrere SPD-Abgeordnete hatten sich zuvor für eine Korrektur des Gesetzes ausgesprochen und eine Verschiebung der weiteren Erhöhung gefordert. Der SPD-Wirtschaftspolitiker Rainer Wend sagte, die Steigerung der Benzinpreise sei ‚am Rand der Zumutbarkeit‘ für die Bürger.“²²

Da diese Forderung nach der Verabschiedung getätigt wird, handelt es sich nun nicht mehr um das Projekt ‚Ökosteuer‘, sondern die (neue) Idee der ‚Aussetzung der Ökosteuer‘.

- Auch wenn sich die Darstellung auf ein Regelungsdetail eines Vorhaben bezieht und nicht auf das Vorhaben in seiner Gesamtheit, so wird dies mit dem entsprechenden Vorhaben-Kode kodiert, zu welchem das Regelungsdetail gehört.

- ☺ „Schmidt will nur für jüngere Leute die ‚Versicherungspflichtgrenze‘ erhöhen.“²³

Die Erhöhung der Versicherungspflichtgrenze war ein wichtiges, aber nicht das einzige Regelungsdetail, welches Gesundheitsministerin Schmidt mit ihrem Gesundheitsvorschaftsgesetz 2002 verfolgte. Es werden hier aber die Codes für eine inhaltliche Stabilitätsspur des Gesamtprojekts gesetzt.

- ☺ „Der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Struck hält es für möglich, die Ladenöffnungszeiten ‚von Montag bis Samstag freizugeben‘. Für die SPD sei aber klar, ‚dass Sonn- und Feiertage keine verkaufsoffenen Tage werden‘, sagte Struck der Berliner Tageszeitung BZ. [...]

Der rechtspolitische Sprecher der Bündnisgrünen, Volker Beck, begrüßte Strucks Äußerung in Berlin, schlug aber vor, die Öffnung nur Geschäften mit maximal fünf Beschäftigten freizustellen. Über die Sonntagsöffnung könne man dann auch noch einmal reden.[...]

Gegen eine Ladenöffnung am Sonntag sprach sich der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Hans Joachim Meyer, aus. Der Sonntag gebe durch grundsätzliche Arbeitsruhe vor allem der Familie eine Chance, schreibt Meyer in einem am Mittwoch vorab veröffentlichten Beitrag der nord- und ostdeutschen katholischen Kirchenzeitungen. Der Eingriff in den geschichtlichen Charakter des Sonntags sei ein weiterer Schritt, um die Kirchen in der Öffentlichkeit an den Rand zu drängen.“²⁴

Die ‚Idee‘ einer Lockerung der Ladenöffnungszeiten beinhaltet einerseits die Regelungen zur Öffnung von Geschäften an Werktagen sowie die Freigabe des Sonntags zur Geschäftsöffnung. Alle drei Textstellen beschäftigen sich mit diesem *einen* Vorhaben

²¹ Bundesrat billigt Lafontaines Steuergesetze, SZ vom 20. März 1999.

²² Regierung beharrt auf höherer Ökosteuer, SZ vom 31. Mai 2000.

²³ Schmidt will gegen Pharmabranche vorgehen, SZ vom 11. April 2002.

²⁴ Struck für Freigabe der Ladenöffnung an Werktagen, SZ vom 12. August 1999.

(die ersten beiden in befürwortender, letztere in ablehnender Art und Weise), wenn auch ihr Vorstellungen untereinander abweichen.

- ☺ „Politiker von FDP und Grünen haben sich für eine Aussetzung des Ladenschlussgesetzes an den vier Sonntagen in der kommenden Adventszeit ausgesprochen.“²⁵

Die Idee ‚Freigabe der Adventssonntage‘ hat zwar eine, aber kleine Überschneidungsmenge mit der Idee ‚Lockerung der Ladenöffnungszeiten‘, und besitzt in der Berichterstattung eine Eigenständigkeit. Sie bildet daher eine eigene Idee.

Wird ein neues Vorhaben zum ersten Mal angekündigt, kreieren Sie eine neue Ausprägung des Vorhaben-Kodes (**VORHABEN_X**). Aus dem Kode-Namen muss möglichst genau hervorgehen, um welches Vorhaben es sich handelt, um ähnliche, aber zu trennende Vorhaben abzugrenzen. Kodieren Sie alle weiteren ‚Spuren‘, die diesem Vorhaben angehören, mit diesem Kode. Stellen Sie fest, dass vormals eigenständige Vorhaben dauerhaft in einem größeren Vorhaben aufgehen, fusionieren Sie diese.

4.2 Akteursgruppen/Änderungsrichtung: WER/WERWOHIN

Jede der sechs Spuren wird mit einem Akteur(sgruppen)kode spezifiziert. Spuren von nicht einbezogenen Akteuren werden ignoriert. Mit der zutreffenden Ausprägung dieser Kodefamilie wird die Zugehörigkeit zur entsprechenden Akteursgruppe (**WER**) oder die Veränderungsrichtung spezifiziert (**WER ; WERWOHIN**).

- Regierung oder federführendes Regierungsmitglied (**WER_REGIERUNG**): Akteur der Spur ist die Regierung bzw. das für das Vorhaben *federführende Mitglied der Regierung*. Diese umfassen

- ☺ den SPD-Bundeskanzler,
- ☺ ein SPD-geführtes Ministerium, den SPD-Minister, eine Sprecherin, leitende Mitarbeiter oder einen Staatssektretär im Ministerium, welches die (Co-)Federführung für das entsprechende Vorhaben besitzt. Die *Federführung* eines Projekts ergibt sich aus der in der Berichterstattung dargestellten initiativsteuernden, inhaltlichen Gestaltung an einem Vorhaben bzw. der Zuständigkeit für das jeweilige Politikfeld, unabhängig davon, ob darüber hinaus noch eine inhaltliche oder sachlogische Betroffenheit besteht oder das Ministerium – bspw. im Zuge der Ressortabstimmung – konsultiert und/oder beteiligt wird. Ein Projekt kann in Kooperation von mehreren Ministerien erarbeitet werden; in diesem Fall sind sie alle ‚federführend‘. Gleiches gilt, wenn sich die Federführung nicht eindeutig bestimmen lässt.²⁶

Dieser Kode wird insbesondere auch dann gesetzt, wenn aus einer Textstelle – auch ohne direkten Verweis auf die Regierung – die Stabilität eines Projekts hervorgeht (s. u.).

²⁵ *Sonntags einkaufen*, SZ vom 17. November 2003.

²⁶ Parteilose Minister werden der nominierenden Partei zugeordnet.

- Kabinett (WER_KABINETT): Akteur der Spur ist ein Ministerium, die Ministerin, ein Sprecher, leitender Mitarbeiter oder eine Staatssektretärin im Ministerium, welches *nicht* die (Co-)Federführung für das entsprechende Vorhaben besitzt, oder ein Projekt wird in diese Richtung verändert. Die *Federführung* eines Projekts ergibt sich aus der in der Berichterstattung dargestellten initiativ-steuernden, inhaltlichen Gestaltung an einem Vorhaben bzw. der Zuständigkeit für das jeweilige Politikfeld, unabhängig davon, ob darüber hinaus noch eine inhaltliche oder sachlogische Betroffenheit besteht oder das Ministerium – bspw. im Zuge der Ressortabstimmung – konsultiert und/oder beteiligt wird.
- SPD (WER_SPD): Akteur der Spur ist die SPD, ein führendes SPD-Mitglied, oder ein Projekt wird in diese Richtung verändert. Relevante SPD-Akteure sind
 - ☺ der SPD-Parteivorsitzende, sofern keine Personalunion mit den Akteuren aus WER_REGIERUNG oder WER_KABINETT besteht,
 - ☺ die SPD-Bundestagsfraktion, Teile hiervon oder einzelne Mitglieder, sofern keine Personalunion mit den Akteuren aus WER_REGIERUNG oder WER_KABINETT besteht,
 - ☺ das SPD-Präsidium, Teile hiervon oder einzelne Mitglieder, sofern keine Personalunion mit den Akteuren aus WER_REGIERUNG oder WER_KABINETT besteht,
 - ☺ der SPD-Bundesvorstand, Teile hiervon oder einzelne Mitglieder, sofern keine Personalunion mit den Akteuren aus WER_REGIERUNG oder WER_KABINETT besteht,
 - ☺ der SPD-Parteirat, Teile hiervon oder einzelne Mitglieder, sofern keine Personalunion mit den Akteuren aus WER_REGIERUNG oder WER_KABINETT besteht,
 - ☺ die SPD-Generalsekretärin,
 - ☺ SPD-geführte Landesregierungen²⁷, SPD-Teile hiervon oder einzelne SPD-Mitglieder sowie
 - ☺ führende SPD-Landespolitikerinnen (Landesvorsitz/MdL).
 - ☺ Nicht hierunter fällt der Juso-Vorsitzende, Vorsitzende von Ortsvereinen, oder andere SPD-Mitglieder, deren Position zu einem Vorhaben unter Umständen dargestellt wird.
- Bündnis 90/Die Grünen (WER_GRÜNE): Akteur der Spur sind Bündnis 90/Die Grünen, ein führendes Grünen-Mitglied oder ein Projekt wird in diese Richtung verändert. Relevante Grünen-Akteure sind definiert als
 - ☺ die grüne Bundestagsfraktion, Teile hiervon oder einzelne Mitglieder, sofern keine Personalunion mit den Akteuren aus WER_KABINETT besteht,
 - ☺ der grüne Bundesvorstand, Teile hiervon oder einzelne Mitglieder, sofern keine Personalunion mit den Akteuren aus WER_KABINETT besteht,

²⁷ Hierunter fällt auch der Bezug auf ‚SPD-geführte Länder‘.

- ☺ der grüne Parteirat, Teile hiervon oder einzelne Mitglieder, sofern keine Personalunion mit den Akteuren aus `WER_KABINETT` besteht,
 - ☺ Grünen-Mitglieder in Landesregierungen sowie
 - ☺ führende Grünen-Landespolitiker (Landesvorsitz/MdL).
 - ☺ Nicht hierunter fällt der Vorsitzende der Grünen Jugend, Vorsitzende von Ortsverbänden, oder andere Grünen-Mitglieder, deren Position unter Umständen dargestellt wird.
- Interessensgruppe (`WER_GRUPPE`): Handelnder Akteur ist ein (insbesondere, aber nicht ausschließlich zivilgesellschaftlicher) organisierter Zusammenschluss (bzw. ein Vertreter/Sprecher), der von einem Projekt *in direkter oder indirekter Art und Weise betroffen ist oder advokatorisch die Interessen von Betroffenen vertritt*, oder die inhaltliche Ausgestaltung eines Projekts wird in Richtung dieser Position verschoben. Es handelt sich insbesondere um Interessens- und Lobbyvertretungen der Tarifpartner (Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände), (Beruf-)Fachvereinigungen und Kammern, Verbraucherschutz- und Umweltverbände sowie andere zivilgesellschaftliche Interessenvertretungen und deren Dachverbände. Ebenso werden Institutionen wie Vertreter der Krankenkassen und Rentenversicherungsträger oder die GTZ eingeschlossen. Zusätzlich hierunter fallen die großen kommunalen Fachverbände wie der Deutsche Städtetag oder der Landkreistag. Einzelne Konzerne werden nur dann hierunter gefasst, wenn (fast nur) sie in direktem Maße von einem Vorhaben betroffen sind und über eine so große Marktbedeutung verfügen, dass ihre Äußerungen als stellvertretend-advokatorisch für die gesamte Branche betrachtet werden können.
- ☺ Der Kode wird auch dann verwendet, wenn die Textstelle auf synonym-komprimierte Begriffe wie „die Versicherungsbranche“, „die Städte“, „der Mittelstand“ etc. rekurriert, die augenscheinlich für Interessengruppen stehen.
 - ☺ Nicht hierunter fallen Wirtschaftsforschungsinstitute oder einzelne Wissenschaftlerinnen, Sachverständigenräte und parteinahe Stiftungen.
- Veränderungsrichtung Opposition (`WERWOHIN_opposition`): Das Projekt wird in Richtung von Forderungen der Opposition geändert. Wird ein zuvor im Bundesrat blockiertes Projekt verabschiedet, ohne dass in der Textstelle oder zuvor ein inhaltlicher Wandel thematisiert wird und ohne dass eindeutig hieraus hervorgeht, dass Kompromisse an Länder aus dem Regierungsblock gemacht wurden, wird dieser Kode auch gesetzt.
 - Uneindeutige Veränderungsrichtung (`WERWOHIN_unklar`): Das Projekt wird in eine Richtung verändert, die nicht eindeutig bestimmt werden kann. Der Kode wird ebenfalls verwendet, wenn in der Textstelle die Richtung des inhaltlichen Wandels angesprochen wird, dies aber nicht zuvor anderweitig thematisiert wurde und/oder eine Einschätzung des Verfassers des Zeitungsartikels ist.

- Veränderungsrichtung zur Position mehrerer Akteure (**WERWOHIN_mehrere**): Das Projekt wird in die Richtung einer Position verändert, die zuvor von mehreren *verschiedenen* der oben genannten Akteursgruppen vertreten wurde.

Beachten Sie:

- Gibt es von Seiten mehrerer *unterschiedlicher Einzelakteure*, die aber *derselben Akteursgruppe* angehören, unterschiedliche Positionierungen, werden diese separat kodiert. Für eine Akteursgruppe kann somit für eine Ausgabe gleichzeitig eine Befürwortung- und eine Ablehnungspur identifiziert werden. Ein Einzelakteur kann aber niemals für dasselbe Vorhaben in einer Ausgabe mit sich ausschließenden Spuren (Befürwortung und Ablehnung; Stabilität und Wandel) kodiert werden.
 - Einige durchaus diskursmächtige Akteure werden ausgeschlossen, sofern keine Personalunion mit oben genannten Akteuren besteht:
- ☺ Mitglieder von Regierungskommissionen, Wissenschaftler, Verwaltungschefs großer Behörden, der Bundespräsident, Verfassungsrichter, etc.

4.3 Konkretheit des Vorhabens: KONKRET

Mit der Konkretheit eines Vorhabens wird auf die Frage rekuriert, ob es sich um eine Spur eines faktisch in Planung oder Vorbereitung befindlichen *Projekts* handelt, dessen Realisierung von den zuständigen federführenden Akteuren derzeit angestrebt wird, oder die einer Projekt-Idee, die darauf abzielt, in den Status eines konkreten Projekts zu gelangen. Die KONKRET-Kodekategorie spezifiziert somit, ob es sich beim kodierten Vorhaben um ein *Projekt* oder eine *Idee* handelt.

- **KONKRET_PROJEKT**: An einem Projekt wird tatsächlich und materiell gearbeitet und es soll in absehbarer Zeit beendet werden.
- **KONKRET_IDEE**: Eine Idee ist ein Vorhaben, zu welchem (noch) keine konkreten Umsetzungspläne von Seiten der Regierung existieren. Durch die Thematisierung wird entweder vom Akteur versucht, auf die zukünftige Etablierung eines neuen Projekts hinzuwirken bzw. dies zu verhindern, oder seine Position zu dieser Idee wird deutlich. Ideen sind ‚Noch-Nicht-Projekte‘.

Die Idee muss eine *Eigenständigkeit* gegenüber anderen Vorhaben besitzen und darf keine Regelungsalternative im Kontext einer ablehnenden Positionierung eines Projekts sein. Wahlkampfforderungen vor der Regierungsübernahme und solche, welche bei den beiden nachfolgenden Bundestagswahlen erhoben wurden, ohne das sie bereits konkrete Projekte waren, werden ebenfalls als Ideen kodiert.

- ☺ „Die neue Bundesregierung will die Neuregelung der sogenannten 620-DM-Jobs noch zum 1. Januar 1999 in Kraft setzen.“²⁸

²⁸ Riester will Versicherungsfreigrenze auf 300 DM pro Monat drücken, SZ vom 31. Oktober 1998.

Hier handelt es sich um ein Projekt, an welchem gearbeitet wird und dessen Beendigung in einem absehbaren Zeitraum angestrebt wird.

„Schleswig-Holsteins Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD) warb erneut dafür, Mehrwert- und Erbschaftsteuer zu erhöhen sowie die Vermögensteuer wieder einzuführen.“²⁹

In dieser Textstelle finden sich Befürwortungen zu den drei Ideen ‚Mehrwert- und Erbschaftssteuernerhöhung‘ sowie ‚Einführung der Vermögenssteuer‘.

- ☺ “Die Dementis kamen schnell. ‚Es bleibt dabei, dass der Spitzensteuersatz ab 2005 auf 42 Prozent sinken wird‘, sagte Finanzminister Hans Eichel (SPD). Und sein Kabinettskollege, Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD), attestierte, ein früherer Termin sei ‚keine Variante, weil das Geld dazu nicht da ist‘.“³⁰

“Bundesfinanzminister Hans Eichel will die bereits geplanten Steuersenkungen nur vorziehen, wenn gleichzeitig Subventionen abgebaut werden.“³¹

Ein Vorhaben kann auch vom Ideen- in den Projektstatus wechseln: Die zuvor angelehnte Idee eines Vorziehens der Steuerreform wird später doch – in Projektform – angegangen.

- Verzichtet wird auf eine Kodierung als Idee, wenn unstrittig ist, dass die Arbeiten an dem Vorhaben perspektivisch beginnen werden, die Diskussion hierüber aber auf einen späteren Zeitpunkt verschoben wird.

- ☺ „Eine Reform der Gewerbesteuer wird mittlerweile auch von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) angestrebt. Der Minister hat jedoch deutlich gemacht, dass in dieser Legislaturperiode mit keiner Entscheidung zu rechnen sei. Möglicherweise wird Eichel im Herbst eine Reformkommission einsetzen.“³²

„Scharping beharrte allerdings auf seinem Zeitplan, erst im kommenden Frühsommer über die künftige Struktur der deutschen Streitkräfte zu entscheiden. Bis Mai sollen Ergebnisse zweier Kommissionen vorliegen, die sich mit den Anforderungen und der notwendigen Ausstattung der Bundeswehr befassen.“³³

Sowohl die Reform der Gemeindefinanzen als auch die Bundeswehrreform waren als Reformvorhaben lange geplant, Vorschläge zur Ausgestaltung wurden aber zunächst in die Hände von Kommissionen gelegt. Sie werden daher (später) als Projekte, während der ‚Latenzphase‘ aber nicht als Ideen kodiert.

4.4 Die Aktivitätsebene: EBENE

Die Aktivitätsebene beschäftigt sich mit der Frage, ob die entsprechende Textstelle die inhaltliche Fortentwicklung eines Vorhabens thematisiert, oder die Positionierung hierzu.

- **EBENE_INHALT:** Die Aktivitätsebene ist die konkrete Ausgestaltung eines Projekts (die Aktivitäten hinsichtlich Ideen finden nur auf der Positionsebene statt). Die Textstelle

²⁹ Eichel schreibt Mahnbrief an alle Koalitions-Abgeordneten, SZ vom 19. Mai 2003.

³⁰ Berliner Steuerplanspiele, SZ vom 7. März 2003.

³¹ Wirtschaftsexperten befürworten Eichels Strategie, SZ vom 14. Juni 2003.

³² Vorstoß zur Abschaffung der Gewerbesteuer, SZ vom 12. Juli 2001.

³³ Scharping sieht Koalition in ernster Lage, SZ vom 25. September 1999.

thematisiert, direkt oder indirekt, in welcher Form und in welcher Ausgestaltung derzeit das Projekt realisiert werden soll bzw. gibt den Rahmen hierfür vor.

- **EBENE_POSITION:** Die Aktivitätsebene ist die Positionierung eines Akteurs zu einem Vorhaben (Projekt oder Idee). Die Textstelle thematisiert, direkt oder indirekt, ob ein Akteur das Vorhaben befürwortet oder ablehnt.

4.5 Richtungsebene: RICHTUNG

Mit der RICHTUNG-Kategorie wird eine *inhaltliche Stabilität* bzw. *die Positionierung einer befürworteten inhaltlichen Stabilität* eines Projekts und die Befürwortung einer Idee (**RICHTUNG_STABIL-PRO**) sowie ein *inhaltlicher Wandel* bzw. die Akteursposition eines *gewünschten inhaltlichen Wandels* eines Projekts und die Ablehnung einer Idee kodiert (**RICHTUNG_WANDEL-CONTRA**).

Referenzpunkt für die Einschätzung, ob eine inhaltliche Stabilität bzw. eine Befürwortung oder eine Ablehnung eines Vorhabens vorliegt, ist die *aktuell bekannte Ausgestaltung des Projekts*, ungeachtet seines Konkretisierungsgrades, bzw. der geteilte Regelungsinhalt der Idee. Metaphorisch-räumlich gesprochen hilft bei Projekten als eine gedankliche Brücke die Vorstellung einer Fläche, welche im Prozess der Vorhaben(weiter)entwicklung stetig verkleinert und schließlich auf einen Punkt reduziert wird.

- **RICHTUNG_STABIL-PRO:** Das Vorhaben bleibt stabil (inhaltliche Ebene) oder wird befürwortet (Positionsebene).

Auf inhaltlicher Ebene: Aus der Textstelle wird – direkt oder indirekt – deutlich, dass sich ein Projekt inhaltlich nicht gewandelt hat (oder, wenn das Projekt erstmalig vorgestellt wird, in seiner Ausgestaltung präsentiert wird). Weiterentwicklungen eines Projekts (Konkretisierungen, technisch-handwerkliche Ausarbeitungen etc.), welche den bisher bekannten Rahmen der inhaltlichen Ausgestaltung nicht verlassen (= sich innerhalb des gedanklichen Kreises befinden), sind zwar Veränderungen, aber im hier verstandenen Sinne kein Wandel des Projekts, sondern werden als Stabilität kodiert. Eine, auch indirekte, *aktuelle Bezugnahme* auf das Projekte wird als Stabilität kodiert.

Auf Positionsebene: Aus der Textstelle wird – direkt oder indirekt – deutlich, dass sich ein Akteur bzw. die Akteursgruppe dahingehend positioniert hat, dass ein Vorhaben in Gänze oder Teile hiervon befürwortet werden (ohne das andere Teile abgelehnt werden). Dies kann in Form von rhetorischer Verteidigung – auch vorhabenbezogene Angriffe auf die (Gegen-)Position und das Verhalten anderer Akteure –, Lob, Hervorhebung von Vorteilen, Bekräftigung des Umsetzungswillens, aber auch Abänderungsforderungen inhaltlicher Art geschehen: Forderungen nach konkreten Regelungsdetails, über welche bislang noch nicht abschließend offiziell entschieden wurde (= sich innerhalb des gedanklichen Kreises befinden), werden als Befürwortung kodiert.

- **RICHTUNG_WANDEL-CONTRA:** Der derzeitige Stand eines Projekts wird abgeändert (inhaltliche Ebene) oder das Vorhaben wird abgelehnt (Positionsebene).

Auf inhaltlicher Ebene: Aus der Textstelle wird deutlich, dass ein Projekt inhaltlich abgewandelt wurde, sich also nun außerhalb der bisher bekannten inhaltlichen Ausgestaltung befindet. Der inhaltliche Wandel muss faktisch und offiziell vollzogen sein, also über einen noch nicht endgültig beschlossenen Verhandlungszwischenstand oder Gerüchte hinausgehen.

Auf Positionsebene: Aus der Textstelle wird deutlich, dass sich ein Akteur oder eine Akteursgruppe dahingehend positioniert hat, dass ein Vorhaben in Gänze oder in Teilen abgelehnt wird. Dies kann in Form von rhetorischer Kritik, Skepsis, Hervorhebung von Nachteilen, Widerstandsbekundungen, aber auch Forderungen inhaltlicher Art über bereits konkretisierte und entschiedene Regelungsdetails geschehen. Hierbei wird nicht beachtet, ob das gesamte Vorhaben, wichtige Teile oder nur Details abgelehnt werden. Ebenso wird ignoriert, ‚aus welcher Richtung‘ das Vorhaben abgelehnt wird: Eine Ablehnung auf der Basis, dass die Vorhabensausgestaltung *zu weit* gehe, wird genauso kodiert wie eine Ablehnung auf der Basis, dass die Vorhabensausgestaltung *nicht weit genug* gehe.

4.5.1 Stabilität und Wandel: die inhaltliche Ebene

- Aktuelle Bezugnahmen auf ein Vorhaben bzw. seine bisherige Ausgestaltung, auch indirekter Art, werden als Stabilität kodiert.

„Die rot-grüne Mehrheit im Bundesrat für die Steuerreform und das Gesetz zu 630-Mark-Jobs ist trotz der Wahlniederlage von SPD und Grünen in Hessen offenbar gesichert.“³⁴

„Zwickel erwartet, dass die Arbeitgeber im Bündnis auch das Betriebsverfassungsgesetz ansprechen werden.“³⁵

„Dem zwischen SPD, Grünen und FDP vereinbarten Kompromiß zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts droht eine verfassungsrechtliche Überprüfung.“³⁶

Hier handelt es sich um aktuelle Bezugnahmen auf die angesprochenen Projekte, die als inhaltliche Stabilitätsspuren (der Regierung) für die genannten Vorhaben kodiert werden.

„Im Streit um die Steuerreform hat der SPD-Finanzexperte Jörg-Otto Spiller Kompromissbereitschaft signalisiert. Der finanzpolitische Sprecher seiner Fraktion sagte in Berlin, ‚über den einen oder anderen Punkt ist in den anstehenden parlamentarischen Beratungen sicher zu reden‘“³⁷

Auch hier wird inhaltliche Stabilität kodiert, da Hinweise auf Kompromissbereitschaft weder eine positionale Spur noch einen (bereits stattgefundenen) inhaltlichen Wandel beinhalten, dafür aber eine aktuelle Bezugnahme zum Projekt darstellen.

³⁴ Eichel will im Bundesrat für Steuerreform stimmen, SZ vom 10. Februar 1999.

³⁵ Zwickel droht mit knallharter Tarifrunde, SZ vom 22. Februar 2001.

³⁶ Union droht mit Verfassungsklage, SZ vom 15. März 1999.

³⁷ SPD: Im Steuerstreit Kompromisse möglich, SZ vom 11. März 2000.

- Verteidigende/befürwortende/begründende Aussagen von Seiten der federführenden Regierung werden als inhaltliche Stabilität kodiert.

„Die Bundesregierung versucht nun in einem dritten Anlauf, die Eigenheimzulage vollständig zu streichen (SZ vom 14. 7.). Einen entsprechenden Gesetzentwurf von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) hatte das Kabinett am Mittwoch gebilligt. ‚Die eingesparten Mittel wollen wir für mehr Innovationen und damit für mehr Arbeitsplätze einsetzen‘, sagte Eichel.“³⁸

- Wandel liegt vor, wenn zuvor bereits festgelegte Ausgestaltungsinhalte, einschließlich des Zeitpunkts des Inkrafttretens, abgeändert werden.

„Der Kanzler sagte am Donnerstag in der ZDF-Sendung ‚Was nun Herr Schröder?‘, er sei sich mit seinem Finanzminister Oskar Lafontaine (beide SPD) einig, daß die Verschärfung der Jahreswagenbesteuerung im Zuge der Steuerbehandlung der Arbeitnehmerrabatte ‚den Zielen unserer Steuerreform widerspricht. Das werden wir ändern‘, kündigte der Bundeskanzler an.“³⁹

„Das Bundesfinanzministerium gibt den Protesten der Wirtschaft, insbesondere der mittelständischen Industrie, nach und läßt den Verlustvortrag nun unangetastet.“⁴⁰

In beiden Beispielen wird die aktuelle und festgelegte Ausgestaltung eines Projekts geändert.

„Sowohl die Senkung des Rentenbeitragssatzes als auch die Ökosteuer werden erst zum 1. April 1999 und nicht schon im Januar in Kraft treten.“⁴¹

Hier wird der Zeitpunkt des Inkrafttretens geändert, was als inhaltlicher Wandel kodiert wird.

- Das Finden von ‚Kompromissen‘ stellt nur dann einen inhaltlichen Wandel dar, wenn der Streitgegenstand zuvor bereits anderweitig festgelegt war. Konfliktbeilegungen einer umstrittenen, aber noch nicht festgelegten inhaltlichen Ausgestaltungen sind kein Wandel.

„Die Finanzexperten der Sozialdemokraten und der Grünen hatten sich am Mittwoch außerdem über die noch ungeklärten Details der Ökosteuerreform verständigt.“⁴²

Die angesprochenen Regelungsdetails, auf welche sich geeinigt wurde, waren zuvor nicht festgelegt; diese Einigung stellt also eine Konkretisierung/Weiterentwicklung dar, keinen Wandel.

„Eine Koalitionsrunde hat sich auf einen Kompromiß für die Gestaltung der Ökosteuer geeinigt. Wie die Vize-Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ingrid Matthäus-Maier, am Dienstag am Rande einer Fraktionssitzung bekanntgab, soll

³⁸ *Union will Eigenheimzulage erhalten*, SZ vom 15. Juli 2004.

³⁹ *Grüne protestieren gegen Steuerpläne der SPD*, SZ vom 30. Oktober 1998.

⁴⁰ *Hauptlast der Steuerreform trifft die Wirtschaft*, SZ vom 4. November 1998.

⁴¹ *Bonn verschiebt Senkung der Rentenbeiträge*, SZ vom 20. November 1998.

⁴² *Kabinett beschließt Änderungen an der Steuerreform*, SZ vom 11. Februar 1999.

es in dem Gesetzentwurf keine Ausnahmeregelung mehr für Betriebe mit hohem Energiebedarf geben.“⁴³

Hier wurden zuvor festgelegte Details der inhaltlichen Ausgestaltung geändert; der Kompromiss stellt demnach einen Wandel dar.

„Das von der Bundesregierung geplante Gesetz zur Steuerentlastung mittelständischer Unternehmen wurde gestoppt. Die Länderkammer rief den Vermittlungsausschuss an.“⁴⁴

Zwar wird hier das Projekt im Bundesrat gestoppt und es kann angenommen werden, dass es *später* nicht ohne Zugeständnisse verabschiedet wird, allerdings ist die inhaltliche Ausgestaltung am Tag der SZ-Ausgabe unverändert gegenüber dem bisherigen Inhalt geblieben. Unbenommen hierfür ist, dass dann bei der Verabschiedung ein Wandel kodiert wird/werden muss.

- Eine Änderung kleinster Details wird nicht als Wandel kodiert.

„So ist es aus Sicht des Finanzministers nur logisch, dass die 780 000 Freiberufler auch für die Gewerbesteuer herangezogen werden. Um dies zu dokumentieren, soll die Abgabe künftig Gemeindegewerbesteuer heißen.“⁴⁵

Die Namensgebung einer Steuer ist ein so geringes, symbolische Detail, dass es nicht sinnvollerweise als Wandel kodiert wird.

- Die inhaltliche Stabilität bzw. der inhaltliche Wandel eines Projekts ist immer relativ zum Referenzpunkt der letzten bekannten, aktuellen Ausgestaltung. Werden bei einem Projekt Zugeständnisse gemacht, so gelten diese ab diesem Zeitpunkt als aktuelle (veränderte) Ausgestaltung.

„Damit reagierte sie [Katrin Göring-Eckhardt] auf einen SZ-Bericht, wonach Sozialministerin Ulla Schmidt (SPD) bei der Reform erhebliche Zugeständnisse an Ärzteverbände und Kassen plant. So soll der Wettbewerb unter den Ärzten geringer ausfallen als von Gerhard Schröder in seiner Agenda 2010 geplant.“⁴⁶

„Nach Kritik aus den Fraktionen will Schmidt nun doch den Wettbewerb unter den Ärzten verschärfen. So sollen die Kassen künftig mit neu zugelassenen Fachärzten direkt Verträge abschließen, was den Kassen mehr Macht gibt.“⁴⁷

Hier liegt *zwei Mal* ein Wandel vor: Zunächst findet ein Zugeständnis an einen Interessensverband statt, welcher nachfolgend als geänderter, neuer Teil der Ausgestaltung des Projekts gilt. Dieses *Zugeständnis* wird eine gute Woche später allerdings wieder *kassiert*, wodurch *erneut* ein Wandel kodiert wird.

- Neu aufgenommene Regelungsdetails der inhaltlichen Ausgestaltung eines Projekts, die zuvor nicht genannt wurden und es um ein neues Regelungsfeld erweitern, werden

⁴³ Koalition einigt sich auf Ökosteuer-Kompromiß, SZ vom 27. Januar 1999.

⁴⁴ Länder schieben Steuerbetrug Riegel vor, SZ vom 1. Dezember 2001.

⁴⁵ Streit um die Gewerbesteuer, SZ vom 21. August 2003.

⁴⁶ Heftiger Protest gegen Pläne zur Gesundheitsreform, SZ vom 30. April 2003.

⁴⁷ Schachtel Zigaretten wird um einen Euro teurer, SZ vom 9. Mai 2003.

als Stabilität kodiert – vorausgesetzt, diese wurden zuvor nicht explizit vom Projekt ausgeschlossen.

„Die Bundesregierung will heimliche Vaterschaftstests per Gen-Analyse verbieten. Das kündigte Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) gegenüber der Süddeutschen Zeitung an. Wie sie sagte, ist das Verbot in dem geplanten Gentestgesetz vorgesehen, über das in der Koalition derzeit beraten wird.“⁴⁸

Bis zu diesem Zeitpunkt wurde das Gendiagnostikgesetz als Regelung des Einsatzes gendiagnostischer Verfahren beim Abschluss von Versicherungen besprochen; Vaterschaftstest wurden nicht thematisiert. Der Einbezug zuvor nicht thematisierter Vaterschaftstests konstituiert aber keinen Wandel.

- Änderung im geplanten *Prozess* der Kompromisssuche, Verhandlungsvorgehen oder der institutionell und formalen Entscheidungsherbeiführung, oder ihre Kommentierung durch wichtige Akteure, werden als Stabilität kodiert, sofern sie keine Auswirkung auf die inhaltliche Ausgestaltung oder den Zeitpunkt des Inkrafttretens haben.

„Entgegen bisherigen Planungen will Arbeitsminister Walter Riester (SPD) in diesem Jahr doch kein fertiges Konzept für eine große Rentenreform vorlegen. Das Arbeitsministerium bestätigte am Sonntag, dass man zwar mit Eckpunkten, nicht aber ‚mit einem starren Konzept‘ in den noch vor Weihnachten geplanten Rentengipfel mit der Union gehen werde.“⁴⁹

Hier liegt keine Änderung des Inhalts, sondern nur des Vorgehens bei der Projektentwicklung vor.

„Die Neuregelung des Gesetzes gegen unlauteren Wettbewerb zieht sich hin. Der Bundesrat erhob Einspruch gegen den Entwurf, der eine Abschaffung des Schlussverkaufs im Einzelhandel vorsieht. Der Bundestag kann den Einspruch mit Kanzlermehrheit zurückweisen. Durch die Verzögerung könnte der Sommerschlussverkauf jedoch in diesem Jahr noch einmal stattfinden.“⁵⁰

Durch das Veto des Bundesrats verschiebt sich das Inkrafttreten des Gesetzes, was als inhaltlicher Wandel kodiert wird.

- Andeutungen, Erwägungen oder jede andere Art von ungesicherten Informationen über angeblich bevorstehende, zukünftige Änderungen sind (noch) kein inhaltlicher Wandel.

„Bundeskanzler Gerhard Schröder hatte bereits in der vergangenen Woche mehrmals Nachbesserungen für die Unternehmen [bei der Steuerreform] in Aussicht gestellt.“⁵¹

„Die Bundesregierung will die 620-Mark-Jobs möglicherweise doch steuerpflichtig machen. Die Vizevorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Ulla Schmidt, bestä-

⁴⁸ *Vorrang für Mutter und Kind*, SZ vom 25. Mai 2004.

⁴⁹ *Regierung kommt Union im Rentenstreit entgegen*, SZ vom 6. Dezember 1999.

⁵⁰ *Weitere Beschlüsse des Bundesrats*, SZ vom 12. Juni 2004.

⁵¹ *Nachbesserungen sollen Mittelstand entlasten*, SZ vom 2. November 1998.

tigte, daß im Finanzministerium geprüft werde, ob für diese Jobs eine sogenannte Abgeltungssteuer eingeführt werden könne.“⁵²

Hier werden Zugeständnisse zwar „in Aussicht gestellt“ oder „möglicherweise“ vorgenommen, sind aber noch nicht vollzogen. Diese Textstellen werden entsprechend als Information über eine inhaltliche Stabilität kodiert. Nichtsdestoweniger ist nachfolgend besondere Aufmerksamkeit geboten, um den Vollzug dieser Änderungen zu kodieren.

- Ablehnungen (oder in seltenen Fällen Befürwortungen) von Seiten der Opposition werden als eine Information über Stabilität interpretiert, da sie sich notwendigerweise auf die aktuelle Ausgestaltung eines Vorhabens beziehen (s.o.). Eigene programmatische Konzepte im gleichen Problemfeld sind es aber nur dann, wenn diese explizit gegen ein Vorhaben gerichtet sind.

„Stoiber sprach von einem ‚grandiosen Fehlstart‘ der rot-grünen Bundesregierung. Heftig kritisierte er die geplante Reform des Staatsbürgerschaftsrechts.“⁵³

Aufgrund der aktuellen Bezugnahme auf das Projekt ‚Staatsbürgerrecht‘ wird inhaltliche Stabilität kodiert.

„Mit einem von mehreren Unions-Ländern vorgelegten Entwurf für eine Novelle der Handwerksordnung soll einer von den Antragstellern befürchteten ‚Aushöhlung‘ des Meisterprinzips begegnet werden.“⁵⁴

Hier legt die Opposition ein Gegenkonzept vor, welches gegen die von den Sozialdemokraten geplante Novelle der Handwerksordnung gerichtet ist. Auch die Textstelle wird also entsprechend als Information über inhaltliche Stabilität kodiert.

4.5.2 Befürwortung und Ablehnung von Projekten

- Die Befürwortung oder Ablehnung eines Projekts ist – wie die inhaltliche Stabilität bzw. der inhaltliche Wandel – immer relativ zum Referenzpunkt der letzten bekannten, aktuellen Ausgestaltung.

„Nach dem Vorschlag von Bundeskanzler Gerhard Schröder, ausländische Computer-Spezialisten durch vereinfachte Visa-Regelungen nach Deutschland zu holen, kommen jetzt weiter gehende Forderungen aus der Wirtschaft. Der Präsident der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Dieter Hundt forderte, die so genannte Green Card in allen Branchen zuzulassen, die unter einem Mangel an Spezialisten leiden.“⁵⁵

Wenn vielleicht auch bekannt ist, dass Dieter Hundt letztlich zu den Befürwortern der Green Card-Einführung gehört, so ist diese Textstelle als Projektablehnungsspur zu kodieren, da die derzeitige Ausgestaltung des Projekts insofern abgelehnt wird, als dass die erleichterten Visa-Regeln auch für andere Bereiche gelten sollen.

⁵² *Arbeitnehmer-Steuer auf 620-Mark-Jobs erwogen*, SZ vom 25. November 1998.

⁵³ *Stoiber attackiert das Bonner Kabinett*, SZ vom 30. November 1998.

⁵⁴ *Die Berliner Beschlüsse*, SZ vom 18. Oktober 2003.

⁵⁵ *„Green-Card-Regelung erweitern“*, SZ vom 2. März 2000.

„Die Bündnisgrünen sind mit dem Gesetzentwurf zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts, den Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) am heutigen Mittwoch vorlegen will, im Kern einverstanden. Grünen-Fraktionschef Rezzo Schlauch nannte ihn eine ‚angemessene Umsetzung‘ des Koalitionsvertrags. Es gebe aber noch ‚einige Ecken und Kanten‘.“⁵⁶

Trotz der generellen Zustimmung besteht von Seiten des Akteurs weiterhin Änderungswünsche an der Ausgestaltung, so dass hier eine Ablehnungsspur kodiert wird.

- Auch vorhabenbezogene Angriffe auf Vorhabengegner werden als Befürwortung kodiert.

„Der SPD-Landesvorsitzende in Nordrhein-Westfalen, Franz Müntefering, warf der CDU ‚billige Tricks‘ vor. ‚Sie betreibt gezielt eine Kampagne zur Verunsicherung der Rentnerinnen und Rentner‘, sagte er in Berlin.“⁵⁷

„Grünen-Fraktionschef Rezzo Schlauch sagte, ‚niemand würde es jetzt mehr verstehen, wenn die Union aus den Konsensgesprächen aussteigt‘.“⁵⁸

In beiden Fällen wird deutlich, dass die genannten Akteure in Form von an den politischen Gegner adressierten Angriffen das Projekt verteidigen.

- Konkrete Forderungen inhaltlicher Art an ein Projekt, über die noch nicht entschieden ist, sich also innerhalb der Referenzfläche befinden, sind als Befürwortungen zu kodieren. Fallen sie außerhalb dieses Rahmens, sind sie als Ablehnung zu kodieren.

„Die Grünen-Finanzexpertin Christine Scheel forderte, Kosten für die Verlagerung von Jobs ins Ausland sollten künftig für Unternehmen steuerlich nicht mehr absetzbar sein. Dies allein könnte Bund und Ländern zusätzlich fünf Milliarden Euro in die Kassen spülen.“⁵⁹

„Die Steuerexpertin der Grünen, Christine Scheel, fordert, dieses Schlupfloch [der Absetzbarkeit von Betriebsverlagerungen] schnell zu schließen. [...] Doch der Finanzminister will davon bisher nichts wissen.“⁶⁰

An diesen beiden Textstellen wird deutlich, dass ein- und dieselbe Forderung in Abhängigkeit von Projektweiterentwicklungen, Konkretisierungen und Festlegungen unterschiedlich kodiert werden können. Da über die Frage nach der Absetzbarkeit von Kosten von Betriebsverlagerungen zunächst noch nicht entschieden war, wird die Forderung aus ersterer Textstelle als Befürwortung kodiert. Nachdem aber einige Zeit später entschieden war, an der Absetzbarkeit nichts zu ändern, handelt es sich um eine Ablehnungsspur.

- Die Befürwortung eines Regelungsdetails und die gleichzeitige Ablehnung eines anderen Regelungsdetails wird als Ablehnung kodiert.

⁵⁶ Koalition über neues Staatsbürgergesetz einig, SZ vom 13. Januar 1999.

⁵⁷ Schäuble erneuert den Vorwurf des Rentenbetrugs, SZ vom 30. August 1999.

⁵⁸ Schröder beharrt auf Riesters Rentenkonzept, SZ vom 3. Juli 2000.

⁵⁹ Mindeststeuer hat bei Union kaum Chancen, SZ vom 24. März 2005.

⁶⁰ Keine Lust auf Deutschland, SZ vom 4. April 2005.

„Insbesondere lehnte er [BDI-Präsident Rogowski] Schmidts Pläne ab, Preisregeln für patentgeschützte Arznei oder eine Kosten-Nutzen-Analyste [sic!] für Medikamente einzuführen. ‚Wir brauchen nicht mehr Regulierung, sondern mehr Wettbewerb‘, sagte der Industrielobbyist. Zugleich forderte er Privilegien von Apotheken und KVen abzuschaffen.“⁶¹

Sowohl die Preisregeln für Medikamente wie auch die Abschaffung bestimmter Privilegien im Medizin- und Arztbereich waren Teil der Gesundheitsreform 2003. Trotz der Befürwortung von zweitem wird dies als Ablehnung kodiert.

- Die Erwiderung von Ablehnung/Kritik/Forderungen hinsichtlich eines Vorhabens wird als Befürwortung interpretiert.

„Müntefering wies auch die Kritik [an der Gesundheitsreform] des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer zurück, nur den Versicherten würden im Zuge der Reform neue Lasten aufgebürdet. ‚Das stimmt so nicht. Auch Arzneimittelhersteller, Ärzte und Apotheker werden zum Sparen gezwungen‘, sagte Müntefering.“⁶²

Diese Stelle enthält Informationen über eine Ablehnungsspur von Seiten eines Interessensverbandes sowie über eine Befürwortungsspur des Fraktionsvorsitzenden Müntefering, welcher die Kritik zurückweist.

- Die inhaltliche Beschreibung von Regelungsdetails eines Projekts durch nicht-federführende Akteure wird als Befürwortung kodiert:

„Der stellvertretende Grünen-Fraktionsvorsitzende Reinhard Loske sagte, man habe sich [bei der Kürzung der Entfernungspauschale] auf drei Grundsätze verständigt: ‚Es soll eine Gleichbehandlung aller Verkehrsträger geben. Das Volumen von drei Milliarden Euro soll erbracht werden. Und es soll ein einfach zu handhabendes Verfahren sein.“⁶³

- Wird in der Textstelle deutlich oder ist bekannt, dass sie sich auf eine vergangene, insbesondere bereits geäußerte und somit kodierte Positionierung bezieht, wird die Spur *nicht* erneut kodiert. Dies gilt somit auch für eine rekapitulierende Darstellung des Verlaufs von Konfliktlinien, welche als Hintergrundinformation in einem Artikel dargestellt werden.

„Besonders umstritten sind einige Vorschläge von Innenminister Otto Schily (SPD) zur inneren Sicherheit, wie die Lockerung des Datenschutzes oder Fingerabdrücke auf Reisepässen und Visa. Auch Regelanfragen beim Verfassungsschutz lehnen viele Grüne ab.“⁶⁴

„Einige von Schilys Vorschlägen – etwa zur Lockerung des Datenschutzes mit Ausnahme des Bankgeheimnisses – gehen dem grünen Regierungspartner zu weit und haben neben der Debatte um Auslandseinsätze der Bundeswehr zu einer Belastung der Koalition geführt.“⁶⁵

⁶¹ *Patienten sollen Brillen selbst bezahlen*, SZ vom 14. Mai 2003.

⁶² *Grüne kritisieren Kompromiss*, SZ vom 25. August 2003.

⁶³ *15 Cent pro Kilometer*, SZ vom 10. September 2003.

⁶⁴ *Grüne sehen Tendenzen hin zur großen Koalition*, SZ vom 21. September 2001.

⁶⁵ *„Schluss mit der Polemik“*, SZ vom 27. September 2001.

Die Ablehnung einiger Regelungen des ersten Anti-Terror-Gesetzes durch die Grünen wird in der Ausgabe der SZ vom 21. September 2001 kodiert; die zweite Textstelle aus der SZ vom 27. September 2001 fasst diese Ablehnung nur erneut zusammen und wird daher nicht erneut kodiert.

„Müntefering wies auch die Kritik [an der Gesundheitsreform] des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer zurück, nur den Versicherten würden im Zuge der Reform neue Lasten aufgebürdet. ‚Das stimmt so nicht. Auch Arzneimittelhersteller, Ärzte und Apotheker werden zum Sparen gezwungen‘, sagte Müntefering.“⁶⁶

Die Ablehnung der Gesundheitsreform durch Sommer findet sich nicht in vorherigen Ausgaben und wird entsprechend an dieser Stelle kodiert.⁶⁷

- Wird die Positionierung unter den Vorbehalt der Erfüllung einer Bedingung gestellt (bedingte Positionierung), so handelt es sich um eine befürwortende Spur, wenn über die Bedingung noch nicht entschieden wurde, um Ablehnung, wenn darüber schon entschieden wurde.

„Die ebenfalls betroffenen Bundesländer sind weiterhin skeptisch. Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) lehnte ein Vorziehen der letzten Stufe [der Steuerreform] von 2005 auf 2004 ab, wenn die Einnahmeausfälle nicht komplett ausgeglichen würden.“⁶⁸

„Nur bei einer vollständigen Kompensation will das Land Nordrhein-Westfalen einem Vorziehen der dritten Stufe der Steuerreform im Bundesrat zustimmen. Ministerpräsident Peer Steinbrück (SPD) bekräftigte am Donnerstag seine in den vergangenen Tagen bereits formulierte ablehnende Haltung, die auch vom grünen Koalitionspartner in Düsseldorf unterstützt wird.“⁶⁹

Da die Frage des finanziellen Ausgleichs zu den jeweiligen Zeitpunkten noch nicht abschließend geklärt war, handelt es sich bei den Textstellen trotz gegenteiliger Einordnung des Artikelverfassers um befürwortende Spuren.

4.5.3 Ablehnung und Befürwortung von Ideen

- Ideen müssen hinsichtlich ihrer Änderungsrichtung so definiert werden, dass eine zutreffende Kodierung als Ablehnung oder Befürwortung möglich ist.

„Die baden-württembergische Landesvorsitzende Ute Vogt sagte der Süddeutschen Zeitung, dass an der Wehrpflicht auf Dauer nicht festgehalten werden könne. Man solle sie deshalb ‚nicht von heute auf morgen abschaffen‘, aber sich schon jetzt Schritte überlegen, aus der bisherigen Form der Wehrpflicht auszusteigen.“⁷⁰

„Verteidigungsminister Rudolf Scharping rechtfertigte vor der SPD-Jugendorganisation sein Festhalten an der Wehrpflicht. Ein Berufsheer bedeute einen Verlust an Demokratie und würde der Truppe Nachwuchsprobleme bereiten, sagte er.“⁷¹

⁶⁶ *Grüne kritisieren Kompromiss*, SZ vom 25. August 2003.

⁶⁷ Hier kann angenommen werden, dass Kritik und Zurückweisung der Kritik am selben Tag stattfanden.

⁶⁸ *Schröder macht Druck bei der Steuerreform*, SZ vom 25. Juni 2003.

⁶⁹ *Steinbrück: Steuererleichterungen nicht zu bezahlen*, SZ vom 26. Juni 2003.

⁷⁰ *Streit über Bundeswehrreform bringt Scharping in Bedrängnis*, SZ vom 18. Mai 2000.

⁷¹ *Scharping wegen Wehrreform und Kosovokriegs in der Kritik*, SZ vom 5. Juni 2000.

Vogt ist in der ersten Textstelle *für* die Abschaffung der Wehrpflicht, Scharping in zweiterer *für* die Beibehaltung. Die festgelegte Idee ‚Abschaffung der Wehrpflicht‘ würde entsprechend anders kodiert als die inhaltlich gleiche, aber spiegelbildlich definierte Idee ‚Beibehaltung der Wehrpflicht‘.

- Der Nichtausschluss einer Idee oder das Offenhalten von Optionen stellt keine Befürwortung oder Ablehnung dar.

„Die Ministerin schloss eine neuerliche Änderung der Rentenformel nicht aus: ‚Ich bin keine Formelfetischistin.‘“⁷²

„Die Bildungsministerin fügte hinzu, es wäre eine ‚Schande‘ für alle nicht ausbildenden Betriebe, wenn die Bundesregierung ‚als letztes Mittel‘ zu einer Ausbildungsabgabe greifen müsste.“⁷³

Hier wird weder eine Befürwortung noch eine Ablehnung kodiert.

- Die (seltenen) Ideebefürwortungen von Seiten der federführenden Regierung können vorliegen, wenn aus der Textstelle hervorgeht, dass die Idee befürwortet wird, ohne dass von einem Projektstatus des Vorhabens gesprochen werden kann. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn es sich um Äußerungen zu perspektivischen, möglichen Vorhaben handelt, die zuvor kontrovers diskutiert wurden.

„Für die zweite Hälfte der Legislaturperiode will Schröder vor allem in der Europapolitik, in der Gesetzgebung zur Gentechnologie und womöglich mit einem Einwanderungsgesetz Schwerpunkte setzen.“⁷⁴

Ein zuvor abgelehntes Einwanderungsgesetz wird in der Textstelle perspektivisch angekündigt, ohne dass davon gesprochen werden kann, dass es bereits als Projekt gestartet wurde.

4.5.4 Weitere Kodes: SONS

In besonderen Fällen werden die Spurinformatoren *zusätzlich* durch folgende Kodes ergänzt:

- Verabschiedung (SONS_VERABSCHIEDUNG_X) Wird ein Projekt vom Kabinetts (_KABINETT), Bundestag (_BUNDESTAG) oder Bundesrat (_BUNDESRAT) verabschiedet, wird *die dazugehörige Spur zusätzlich* mit dem zugehörigen Kode versehen.

„Gegen die Stimme Bayerns ließ der Bundesrat auch das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien passieren.“⁷⁵

- Projekt wird fallengelassen (SONS_PROJEKTWIRDFALLENGELASSEN): Wird in der Textstelle klar, dass ein Projekt nicht mehr weiter verfolgt wird und auch in absehbarer Zeit nicht wieder aufgenommen werden soll, so wird dieser Kode an die entsprechende

⁷² Schmidt: Renteneintritt je nach Berufsjahren, SZ vom 18. Dezember 2002.

⁷³ Bulmahn droht mit Ausbildungs-Abgabe, SZ vom 6. Juni 2003.

⁷⁴ Schröder warnt Union vor neuer Blockadepolitik, SZ vom 26. Juli 2000.

⁷⁵ Bundesrat streitet über Steuerreform, SZ vom 18. März 2000.

Spur angehängt. Dieser Kode kann nur in Verbindung mit einer Wandelspur gesetzt werden. Ideen können im hier verstandenen Sinne nicht fallengelassen werden.

„Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft haben Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) freiwillige Maßnahmen zur Förderung der Chancengleichheit in der Wirtschaft zugesagt. ‚Damit wurde ein Durchbruch für die Chancengleichheit von Frauen in der Privatwirtschaft errungen‘, erklärte Bundesfamilienministerin Christine Bergmann (SPD) im Anschluss an ein Spitzengespräch im Bundeskanzleramt, bei dem Schröder den Vertretern der Wirtschaftsverbände die Selbstverpflichtung abgerungen hatte. Die von den Fraktionen der Regierungskoalition geforderte gesetzliche Regelung in Form eines Gleichstellungsgesetzes, die auch in der Koalitionsvereinbarung verankert wurde, ist damit zunächst vom Tisch.“⁷⁶

- Projekt wird blockiert (SONS_BLOCKADE): Wird in der Textstelle deutlich, dass ein Projekt *im Bundesrat* blockiert wird, so wird dieser Kode an die entsprechende Spur angehängt. Dieser Kode kann nur in Verbindung mit einer Stabilitätspur gesetzt werden. Ideen können im hier verstandenen Sinne nicht blockiert werden.

„Der Bundesrat hat am Freitag die rot-grüne Steuerreform vorläufig gestoppt. Alle 16 Länder riefen den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Länderkammer an.“⁷⁷

5 Ergebnisausgabe und Kodierökonomie

Nach der Kodierung und möglicherweise Rekodierung werden die ‚Spuren‘, tageweise und für jedes Vorhaben gesondert, in eine Tabelle überführt. Hier sind zwei Punkte zu beachten: Erstens wird jede sonstige Spur eines Projekts außer einer Wandelspur zusätzlich als eine Stabilitätspur gewertet. Kommt also bspw. in einer SZ-Ausgabe für ein Vorhaben eine Projektablehnungspur vor, so wird diese auch noch als Stabilitätspur in die Analyse einbezogen. Zweitens wird für die Auswertung ausschließlich das Vorliegen bzw. Nicht-Vorliegen mindestens einer Spur an einem gegebenen Tag herangezogen; ob ein- und dieselbe Spur einer Akteursgruppe für ein Vorhaben an einem Tag mehrfach vorkommt (bspw. wenn mehrere zum selben Kollektivakteur gehörende Personen sich in die gleiche Richtung äußern), muss in der Auswertung ignoriert werden.

Beide Punkte haben einen entscheidenden Einfluss auf die Notwendigkeit, erneut eine Spur zu kodieren, die in der Ausgabe in gleicher Form vorkommt: Da es für die spätere Überführung in eine auswertbare Tabelle irrelevant ist, ob dieselbe Spur eines Vorhabens an einem Tag einmal oder mehrfach vorkam, *kann* in diesen Fällen auf das Setzen der entsprechenden Kodes verzichtet werden (wenn es auch nicht schadet). Dies kann insbesondere aus kodierökonomischen Gründen sinnvoll werden: So muss nicht zwingend eine Stabilitätspur für ein Vorhaben kodiert werden, wenn sich in einer Ausgabe mindestens eine andere Spur außer der Wandelspur findet. Auch müssen nicht – wie in Darstellungsaufstellungen von Parlamentsdebatten häufig vorfindbar – zum selben Kollektivakteur gehörende Parlamentarier mit gleicher Positionierung jeweils einzeln kodiert werden, oder die gleiche

⁷⁶ *Frauenförderung zugesagt*, SZ vom 3. Juli 2001.

⁷⁷ *Bundesrat stoppt rot-grüne Steuerreform*, SZ vom 10. Juni 2000.

Haltung verschiedener Einzelgewerkschaften. Aber notabene: Vergewissern Sie sich, dass die entsprechende Spur auch wirklich bereits in der Ausgabe vorliegt, und setzen Sie die richtigen Kodes lieber schadfrei einmal zu oft als fälschlicherweise einmal zu wenig.

Macht- und Gestaltungszielverfolgung von
Regierungsparteien

Strategische Muster der SPD 1998–2005

Sunken, J.

2016, XIV, 248 S. 25 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-11519-7